

**Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**  
(4. Sitzung am 14. Februar 2018)

**Beratungsthemen:**

**Öffentlicher Sitzungsteil**

1. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Plänen, der Jugendhilfe mehr Eingriffsrechte bei einer Gefährdung des Kindeswohl in radikal-islamistischen Familien zu übertragen**

Der Ausschuss beschloss, dass dieses Thema federführend vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung behandelt werden soll, dem ein gleichlautender Antrag auf Unterrichtung vorliegt. Er bat den Sozialausschuss ferner, seine Mitglieder bei der entsprechenden Unterrichtung hinzuzuziehen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018)**

Gesetzesentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/231](#) neu

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die „Problematik von minderjährigen Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus Kampfgebieten des IS“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber - zum Teil in **vertraulicher Sitzung** - eine Aussprache.

**Vertraulicher Sitzungsteil**

4. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über Erkenntnisse und Einschätzungen zu den Aktivitäten von Marcel K. in Hannover**

Der Ausschuss setzte die Unterrichtung fort und führte hierüber eine Aussprache. Die Landesregierung sagte zu, zu einem Themengebiet ergänzend schriftlich zu unterrichten.